

Schulbuchmangel nur mit Elternhilfe zu beheben

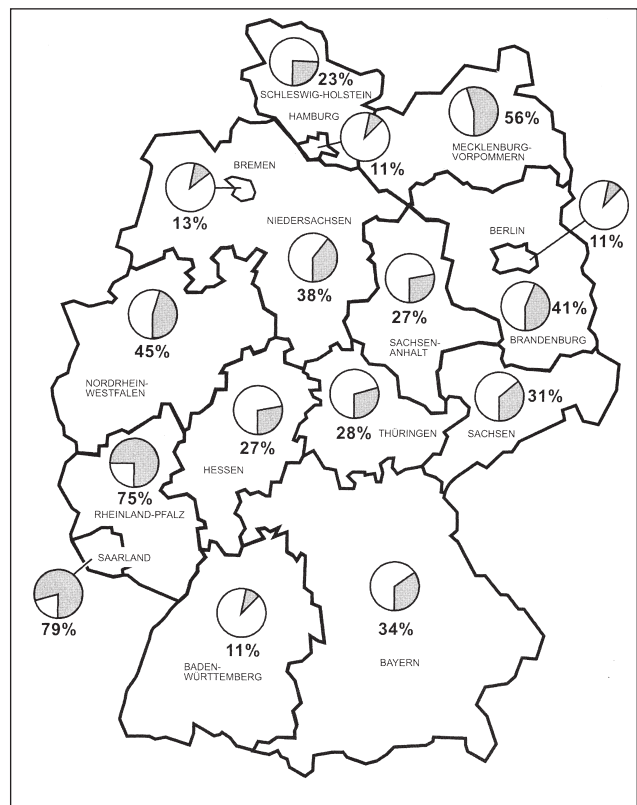
LERNMITTELFREIHEIT AUF DEM PRÜFSTAND

(me). Nach dem schlechten Abschneiden Deutschlands bei PISA wurden überall Forderungen nach einer besseren Lernmittelausstattung der Schulen laut. Die Finanznot der Kommunen hat allerdings dazu geführt, dass die öffentlichen Schulbuchetats in den letzten zehn Jahren um fast ein Drittel gekürzt wurden. Immer stärker gerät deshalb das in den späten 60er- und 70er-Jahren eingeführte Prinzip der „Lernmittelfreiheit für alle“ ins Wanken. Der Klett ThemenDienst hat die Argumente pro und contra Lernmittelfreiheit zusammengestellt.

Die Grammatikübungen im Englischbuch bereiten Yvonne keine Probleme: Max, der das Buch vor ihr hatte, hinterließ ihr die Antworten – mit Bleistift, aber deutlich lesbar. Katrin hat statt eines Geschichtsbuchs ein Ringbuch, in das sie die Kopien einordnet, die ihre Lehrerin austeilt, um das vor der Wiedervereinigung gedruckte Buch nicht einsetzen zu müssen – Beispiele für eine unbefriedigende Ausstattung mit Schulbüchern finden sich in inzwischen in nahezu allen Bundesländern zuhauf.

Lernmittelfreiheit – eine Errungenschaft der Weimarer Republik

Wie viele Sozialleistungen geht auch die Lernmittelfreiheit auf die Weimarer Republik (1919–33) zurück. Staatlich unterstützt wurden damals allerdings nur bedürftige Schüler. Erst in den späten 60er- und 70er-Jahren wurde das Fördersystem für Kinder aus einkommensschwachen Familien auf alle Schüler ausgeweitet. Lediglich in Rheinland-Pfalz und im Saarland hielten die Regierungen am Subsidiaritätsprinzip fest, d. h. unterstützen nur diejenigen, die es nötig haben (geringes Einkommen, hohe Kinderzahl). In Rheinland-Pfalz erhalten 20 bis 25% der Schüler sog. Schulbuchgutscheine. Das bedeutet, dass alle Schüler eigene Schulbücher haben, die sie behalten können.



© Institut für Bildungsmedien e.V.

Der Anteil, den Eltern – freiwillig oder auf Drängen der Schulen – für Schulbücher aufbringen, variiert von Bundesland zu Bundesland erheblich. Private und staatliche Ausgaben zusammengerechnet, wurden 2001 in Deutschland für Schulbücher und Lernsoftware 490 Mio. Euro ausgegeben.

Angesichts leerer Kassen wird inzwischen auch in den übrigen Bundesländern immer häufiger über das Subsidiaritätsprinzip nachgedacht. Konkrete Pläne gibt es in Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt, aber auch in Berlin mehren sich die Vorschläge, Eltern verstärkt zum Kauf von Schulbüchern zu verpflichten (siehe Kasten).

66 bis 143 Euro pro Jahr und die Schulbücher sind aktuell

Obgleich Lernmittelfreiheit häufig diskutiert wird, kommt die finanzielle Größenordnung, um die es geht, oft gar nicht zur Sprache. Tatsächlich variieren die Summen, die pro Schuljahr und Schüler für Schulbücher ausgegeben werden, von Bundesland zu Bundesland. Eine Vollkostenrechnung des Instituts für Bildungsmedien e. V. (Frankfurt/M.) hat kürzlich für Hamburg ergeben, dass ein Grundschüler pro Jahr durchschnittlich 66 Euro für einen Satz neue Schulbücher ausgeben müsste. Bei einem Gymnasiasten der Sekundarstufe I wären es rund 143 Euro und in der Oberstufe rund 122 Euro im Jahr. Wer sich auf „Schulbuchflohmärkten“ eindeckt, wie sie in Rheinland-Pfalz und dem Saarland organisiert werden, kann diese Summen deutlich reduzieren, wenn's gut läuft sogar halbieren. In Rheinland-Pfalz werden mittlerweile ca. 40% aller Schulbücher alljährlich über die Flohmärkte getauscht.

Hintergrund

Zum nächsten Schuljahr werden sich einige Länder von der Lernmittelfreiheit verabschieden

In vier Bundesländern gibt es bereits relativ konkrete Überlegungen, die Lernmittelfreiheit abzuschaffen:

- Nordrhein-Westfalen hat ein „Gesetz zur finanziellen Entlastung der Kommunen“ vorgelegt, das vorsieht, dass ab dem Schuljahr 2003/04 Eltern mit einem Jahreseinkommen von mehr als 50 000 Euro den vollen Durchschnittsbetrag bezahlen müssen. Wer zwischen 24 500 und 50 000 Euro verdient, muss die Hälfte des Durchschnittsbetrags entrichten und Familien mit einem Einkommen unter 24 500 Euro ein Drittel. Damit die Schulen wissen, von welchem Schüler sie wie viel Geld bekommen, müssen die Eltern dem Schulträger bei der Aufnahme in die Schule schriftlich nachweisen, in welche Einkommensgruppe sie gehören.
- Hamburg hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem Schülerinnen und Schüler staatlicher Schulen künftig nur noch auf Antrag Unterstützung bei der Beschaffung von Schulbüchern erhalten. Im Frühjahr 2003 soll darüber entschieden werden. Obgleich die Entscheidung noch nicht gefallen ist, wird in der Hansestadt davon ausgegangen, dass bereits im Schuljahr 2003/04 die Eltern für die Schulbücher aufkommen müssen.
- Sachsen-Anhalt hat noch das System der „Lernmittelkostenentlastung“. Danach werden Eltern von der Schule über ausleihbare Lernmittel informiert, gleichzeitig aber darauf hingewiesen, dass die Medien auch freiwillig gekauft werden können. Zur Anschaffung empfohlen werden vor allem Bücher, „zu denen Sie oder Ihr Kind einen besonderen persönlichen Bezug herstellen können, z. B. lebensbegleitende Werke, die auch nach Abschluss eines Schuljahres zu verschiedenen Bildungszwecken weiter verwendet werden können, wie z. B. Atlas, Geschichts-, Englisch-, Wörter- oder Lesebuch“. Mitte November hat die Regierung in Magdeburg beschlossen, ihren Schulbuchetat 2003 von derzeit 8,4 Mio. Euro auf 4,6 Mio. Euro zu kürzen. Das Kultusministerium geht davon aus, dass der Katalog der ausleihfähigen Bücher beschränkt wird und ein Teil der Bücher von den Eltern angeschafft werden muss. Gegen den Regierungsvorschlag, der im Februar 2003 ins Parlament geht, protestiert u. a. der Landeselternrat von Sachsen-Anhalt: Trotz der angespannten Finanzsituation des Landes solle „die Bildung unserer Kinder nicht als Einsparpotenzial für den Landeshaushalt dienen“.
- In Berlin hält der Senat noch an der Lernmittelfreiheit fest. „Auf keinen Fall sollen die Eltern zur Konsolidierung der Finanzen herangezogen werden“, erklärt Dr. Thomas John, Pressesprecher der Senatsverwaltung für Schule, Bildung und Sport. Sollte es zu der u. a. von Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) geforderten Elternbeteiligung kommen, solle das dadurch frei werdende Geld, so John, „wieder dem Bildungshaushalt zugeführt werden“.

Eine Mogelpackung ist die Lernmittelfreiheit schon länger. Obgleich das Gros der Länder formal an dem Konzept festhält, werden laut VdS Bildungsmedien e. V. (Frankfurt/M.) inzwischen 40% der verkauften Schulbücher privat angeschafft, um die immer weiter sinkenden öffentlichen Etats zu kompensieren.

Eigene Schulbücher erleichtern das Lernen

Dies sind die vier Hauptargumente für den privaten Erwerb von Schulbüchern:

- Schulbücher werden heute im Bundesdurchschnitt acht bis zehn Jahre lang ausgeliehen. Das bedeutet, dass Bücher im Umlauf sind, in denen weder die Rechtschreibreform noch der Euro berücksichtigt sind. Manche Kinder müssen sogar mit Material arbeiten, das vor der Wiedervereinigung gedruckt wurde. Kürzere Laufzeiten für Schulbücher lassen sich angesichts leerer öffentlicher Kassen nur realisieren, wenn die Eltern selbst für die Schulbücher aufkommen.

- Ein weiteres wichtiges Argument für die private Anschaffung von Schulbüchern ist, dass die Medien – anders als beim Leihsystem – über das Schuljahr hinaus als Nachschlagewerk zur Verfügung stehen. Wer seine Bücher ausgeliehen hat, kann im nächsten Schuljahr nicht im vertrauten Buch nachlesen, was er nicht mehr genau in Erinnerung hat. Kinder aus Haushalten ohne Nachschlagewerke sind gezwungen, in die Bibliothek gehen, um ihr Wissen aufzufrischen.

- Nur in eigenen Büchern dürfen die Schülerinnen und Schüler unterstreichen oder Randnotizen machen. Gerade dies aber halten Erziehungswissenschaftler wie der Hamburger Prof. Dr. Reiner Lehberger für entscheidend, weil es das eigenständige Arbeiten unterstützt.

Interview

Rheinland-Pfalz hat die aktuelleren Schulbücher

Rheinland-Pfalz ist nach einer kurzen Phase der Lernmittelfreiheit 1993 zum Gutscheinsystem für einkommensschwache Familien zurückgekehrt.



Dieter Dornbusch

Landeselternsprecher Dieter Dornbusch über die Erfahrungen mit diesem System, bei dem die meisten Eltern Schulbücher selbst kaufen.

Setzen sich Eltern in Rheinland-Pfalz aufgrund der Verpflichtung, Schulbücher selbst zu kaufen, intensiver mit dem Thema Bildung auseinander?

Ich denke nicht, dass es einen zwingenden Zusammenhang zwischen dem Interesse an Bildung und Lernmittelfreiheit gibt. Allerdings wirken die Eltern in den Schulbuchausschüssen daran mit, welche Schulbücher ihre Kinder benutzen, und das trägt sicherlich zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit dem Thema Bildung bei.

Kommt es vor, dass sich Eltern weigern, die Schulbücher zu kaufen?

Solche Fälle sind uns bisher nicht bekannt geworden. Da die Einkommensgrenzen für die Schulbuchgutscheine aber sehr niedrig sind und die Gutscheine die realen Kosten der benötigten Bücher oft nicht abdecken, hören wir öfter Klagen über die hohen Kosten von Bildung und Sorgen, das Geld nicht für die Schulbücher aller Kinder der Familie aufbringen zu können.

Können Sie anderen Ländern die Abschaffung der Lernmittelfreiheit empfehlen?

Dieses Thema diskutieren die Eltern in Rheinland-Pfalz sehr kontrovers. Ich persönlich finde es besser, wenn die Kinder mit aktuellen Schulbüchern lernen können – was die finanzielle Situation vieler Länder, in denen es Lernmittelfreiheit gibt, leider immer weniger zulässt. Aber manche Schulbücher sind wirklich recht teuer. Speziell im Zusammenhang mit der Euro-Umstellung haben wir uns gefragt, ob es wirklich notwendig war, wegen weniger Seiten komplett neue Bücher anzuschaffen.

Die Fragen stellte Maria Ebert.

■ Viele Lehrerinnen und Lehrer ergänzen veraltete Schulbücher durch Kopien, was in verschiedener Hinsicht kontraproduktiv ist. Erstens werden die Eltern für die Kopien zur Kasse gebeten. Zweitens wird eine Chance vertan, Jugendliche an das Arbeiten mit Büchern heranzuführen. Drittens dürfte, so Lehberger, die Rückbesinnung auf das Lehrbuch „eine Bereicherung und Qualitätsverbesserung von Unterricht sein“. Und last but not least ist das exzessive Kopieren urheberrechtlich nicht gestattet.

Wenn Eltern kaufen müssen, leidet die Chancengleichheit

Befürworter der Lernmittelfreiheit berufen sich meist auf die folgenden Argumente:

■ Nicht alle Jugendlichen verfügen über die gleiche Ausstattung, da manche Eltern darauf verzichten werden, alle benötigten Schulbücher anzuschaffen. Daraus resultiert, dass schon bei den Lernmitteln keine Chancengleichheit mehr besteht.

■ Für Familien mit mehreren Kindern kann es finanziell schwierig sein, unmittelbar nach dem Urlaub ihre Kinder mit neuen Schulbüchern versorgen zu müssen. Dies gilt insbesondere für den ersten Jahrgang nach der Umstellung, in dem noch kein Second-Hand-Angebot vorhanden ist.

■ Je nach Verfahren kann die Unterstützung bedürftiger Familien zu einer Stigmatisierung und sozialen Ausgrenzung führen.

■ Neben den Schulbüchern, die jeder gern behält (wie die Französisch-Grammatik oder den Atlas), gibt es auch Medien, die tatsächlich nur während des Unterrichts benötigt werden. Nach Ablauf des Schuljahrs stünden sie ungenutzt herum. Wer das heimische Bücherregal entlasten möchte, kann sie bestenfalls auf einem Schulbuchflohmarkt verkaufen.

Was nichts kostet, kann nichts wert sein

Insgesamt liegt in der Einschränkung der Lernmittelfreiheit eine Chance. Es ist davon auszugehen, dass sich die Volksweisheit „Was nichts kostet, kann nichts wert sein“ auf Lernmittel übertragen lässt. Wenn

Eltern einen Teil ihres Einkommens für Schulbücher und Lernsoftware ausgeben müssen, werden sie sich vermutlich stärker als bisher mit dem Thema Bildung beschäftigen. Das ist notwendig, denn wenn die PISA-Ergebnisse erschrecken, der sollte sich dafür einsetzen, dass die Ausgabenpriorität, die Bildung in unserer Gesellschaft hat, überdacht wird.

Allerdings sind veraltete Schulbücher längst nicht das einzige Manko des deutschen Bildungssystems. Wenn deutsche Schüler bei künftigen Tests besser abschneiden sollen als bei PISA, dürfen frei werdende Schulbuchetats nicht der Haushaltssanierung dienen, sondern müssen für andere Bildungsaufgaben genutzt werden.

Ansprechpartnerin

Hannelore Ohle-Nieschmidt

Ernst Klett Verlag
Leitung Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit
Rotebühlstraße 77
70178 Stuttgart
Telefon: 07 11-66 72-16 73
Fax: 07 11-66 72-20 10
Mail: h.ohle-nieschmidt@
klett-mail.de
Internet: www.klett-verlag.de